

An
Mitglieder der Sondierungsgespräche ÖVP und Grüne
Bildungssprecher und -sprecherinnen von SPÖ, FPÖ und Neos
APA Presseagentur

Stellungnahme der ÖFEB: Rückbau lernhinderlicher Bildungsmaßnahmen!

Die „Österreichische Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen“ (ÖFEB) hat mit Bezug auf das Regierungsabkommen der ehemaligen ÖVP-FPÖ-Regierung bereits in einer früheren Stellungnahme auf Maßnahmen hingewiesen, die wider besseren Wissens aus der Bildungsforschung implementiert wurden.

Die anstehenden Koalitions- und Regierungsverhandlungen bieten die Möglichkeit, einige der damaligen Entscheidungen zu überdenken und zu revidieren:

- (1) **Notengebung und Klassenwiederholung in der Volksschule:** Die Wiedereinführung der verpflichtenden Notengebung in den ersten Jahren der Volksschule ist eine pädagogisch nicht zu rechtfertigende lernhemmende Maßnahme, die eine Reihe positiver Entwicklungen im Bereich der Leistungsbeurteilung zum Erliegen gebracht hat. Auf Basis von Ziffernnoten „Notenwahrheit“ zu erwarten, ist eine Illusion. Und von Klassenwiederholungen in der Volksschule sind keine positiven Effekte zu erwarten!
- (2) **Leistungsgruppen in der NMS:** Die Wiedereinführung von Leistungsniveaus bzw. Leistungsgruppen in der NMS knüpft an eine pädagogisch erfolglose und lernschädliche Tradition in der ehemaligen Hauptschule an und lässt – wie alle Formen der äußeren Differenzierung - keine positiven Lerneffekte erwarten.
- (3) **Deutschförderklassen:** Die verpflichtende Einführung segregierter Deutschförderklassen für Schüler/innen mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen reduziert die für Deutscherwerbsprozesse bedeutsamen Interaktionen und sozialen Kontakte mit deutschsprechenden Mitschüler/innen – hier sollten die einzelnen Standorte entscheiden, welche Organisationsform der sprachlichen Bildung ihrer Schülerinnen und Schülern am besten entspricht.

Der Vorstand der ÖFEB appelliert daher an die Koalitionsparteien, die vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse – im Sinne einer Evidenzbasierung – bildungspolitisch zu nutzen und die oben angesprochenen Maßnahmen, die dem Stand der Wissenschaft widersprechen, zurückzunehmen bzw. entsprechend zu überarbeiten. Auch im „Pädagogik-Paket“ vorgesehene, aber noch nicht realisierte Maßnahmen, vor allem hinsichtlich der „Förderdiagnostik“ („individuelle Kompetenz- und Potentialmessung“ in der 3. Schulstufe, „Chancen-Pass“ in der 7. Schulstufe) sollten neuerlich bewertet werden. Derzeit erscheint offen, inwiefern die daraus resultierenden Testergebnisse zur Förderung des Lernens und der Entwicklung von Schülerinnen und Schülern genutzt oder lediglich als Instrument der Selektion eingesetzt werden sollen.

Eine evidenzbasierte Bildungspolitik zu den oben genannten Themenbereichen impliziert insbesondere:

- ad (1)** Ermöglichung und Weiterentwicklung einer lernförderlichen Leistungsbeurteilung in der Volksschule, primär im Verständnis eines **formativen Assessments** bzw. im Sinne **kompetenzorientierter** oder **differenzierter verbaler Beurteilungen**,

ad (2) Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Förderbedarfen **gemeinsam zu unterrichten** und nur temporär individuell abgestimmte Fördermaßnahmen *außerhalb* des Klassenverbandes zu praktizieren, und Maßnahmen zu setzen, die **einer frühzeitigen Aufteilung** der Kinder in unterschiedliche Schullaufbahnen **entgegenwirken**, um der Genese sozialer Disparitäten in der Gesellschaft präventiv zu begegnen,

ad (3) Ermöglichung und Förderung einer **durchgängigen Sprachbildung** im Sinne einer sprachbewussten Unterrichtsgestaltung in allen Gegenständen und auf allen Schulstufen.

Wir wiederholen auch den Appell, nach integrativen und inklusiven Lösungen zu suchen, und dabei auch die Frage einer gemeinsamen Schule der 6- bis 14-Jährigen nicht auszuklammern.

„Die Schule ist einer der letzten Orte, an dem Kinder und Jugendliche aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft zusammentreffen und Formen des Zusammenlebens jenseits der Grenzen von familiärer und ethnischer Herkunft erleben und erlernen. Für das Zusammenleben in der Gesellschaft und für das Funktionieren einer Demokratie ist es substantiell wichtig, hier nicht schon im Pflichtschulalter die Kinder in unterschiedliche Gruppen aufzuteilen, sondern sie in einer gemeinsamen Lebenswelt Schule lernen und leben zu lassen, mit allen Risiken, die damit verbunden sind“ – so Dr. Katharina Soukup-Altrichter, Vorsitzende der ÖFEB.

Die bevorstehende Regierungsbildung eröffnet die Chance, in einen konstruktiven und wertschätzenden Dialog mit der Österreichischen Bildungsforschung zu treten, um zukünftig offenen Fragen, spezifischen Problemlagen und zu klärenden Herausforderungen in Schule und Unterricht gemeinsam zu begegnen.

Der Vorstand der ÖFEB

Für Rückfragen:

Pressesprecher der ÖFEB:

Univ.-Prof. (i.R.) Dr. Ferdinand Eder, Universität Salzburg, E-Mail: ferdinand.eder@sbg.ac.at

Tel 0664 150 10 32

Vorstandsvorsitzende der ÖFEB:

Dr. Katharina Soukup-Altrichter, Pädagogische Hochschule Oberösterreich, E-Mail: katharina.soukup-altrichter@ph-ooe.at